



## Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

### Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10  
BIC: GENODED1SPK  
Steuernummer: 207/107/603315  
Vereinsregister Amtsgericht Köln VR 9394

### Präsident

Nazih Musharbash  
**Vizepräsidenten**  
Dr. Detlef Griesche  
Ursula Mindermann  
Gisela Siebourg  
Dr. Ribhi Yousef

DPG – Nazih Musharbash – Hagenberg 58 – 49186 Bad Iburg

Damen und Herren  
Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses  
des Deutschen Bundestages

### Kontakt

**Nazih Musharbash**  
Hagenberg 58  
D-49186 Bad Iburg  
musharbash@t-onlie.de

Bad Iburg, 22.06.2020

## Annexionspläne der israelischen Regierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Einklang mit dem so genannten „Jahrhundertdeal“ des amerikanischen Präsidenten Donald Trump hat die neue israelische Regierung angekündigt, palästinensischen Grund und Boden im Westjordanland, auf dem völkerrechtswidrig jüdische Siedlungen errichtet wurden, weitere Flächen um Jerusalem und das fruchtbare und für die Palästinenser wirtschaftlich wichtige Jordantal zu annektieren.

Diese Annexionspläne stellen eine eklatante Verletzung bilateraler Vereinbarungen und internationalen Rechts dar. Sie stehen im Widerspruch zu allen bisher international vereinbarten Absprachen und torpedieren die Option der Zwei-Staaten-Lösung.

Die DPG erkennt, wie wir immer wieder betont haben, das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel an, ist jedoch der Auffassung, dass die israelisch-amerikanischen Annexionspläne inakzeptabel sind und mit allen Mitteln verhindert werden müssen. Das damit verbundene Unrecht, das vorsätzliche Brechen des Völkerrechts und eine Machtpolitik der Stärke dürfen nicht unter dem Vorwand des besonderen Verhältnisses hingenommen werden.

Ähnlich gelagerte Vorgehensweisen anderer Staaten werden und würden mit drastischen Maßnahmen belegt. Jegliche andere Haltung verstärkt die Annahme der stillschweigenden Duldung, der Willkür und der Doppelmoral.

Luxemburgs Außenminister sieht in diesem Zusammenhang gar keinen Unterschied zwischen der Krim-Annexion durch Russland und der vorgesehenen israelischen Annexion. Couragiert bezeichnet er die Einverleibung palästinensischen Bodens als Diebstahl, der nicht ohne weiteres hingenommen werden darf.

Die DPG fordert Sie deshalb auf, sich gegen das Unrecht und für die Einhaltung des Völkerrechts einzusetzen, die israelische Entscheidung nicht nur verbal zu verurteilen, sondern ihr mit adäquaten Maßnahmen entgegenzuwirken. Hierzu gehören zum Beispiel die Annullierung des EU-Assoziierungsabkommens und die sofortige Anerkennung des Staates Palästina.

Für eine zeitnahe Rückmeldung sind wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen  
Nazih Musharbash

Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.